

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 74 (1996)
Heft: 1

Artikel: Rückblick in die siebziger Jahre
Autor: Hubacher, Helmut
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341246>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rückblick in die siebziger Jahre

1996 geht die SPS in ihr 108. Gründungsjahr. Sie hat in dieser Zeit Geschichte geschrieben. Der moderne Sozialstaat trägt weitgehend ihre Handschrift. Sie hat die Erkenntnis politisch eingebracht, dass soziale Sicherheit Voraussetzung für persönliche Freiheit ist. Soziale Sicherheit macht frei. Not und Elend sind der Nährboden für Ausbeutung und Unterdrückung.

Helmut Hubacher

Ein zweites Wesenselement hat sozialdemokratische Politik von Anfang an begleitet: Die Vision einer gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Schon im ersten Parteiprogramm der SPS, dem Albert Steck als Verfasser den Stempel aufgedrückt hatte, heisst es: „Die Sozialdemokratie ist der zeitgemässe Freisinn. Der Freisinn war ursprünglich gegen Aristokraten, Burger und Pfaffen, für den dritten Stand, aber weiter auch heute eigentlich nicht. Socialdemokratie bedeutet nun Verlängerung des Freisinns auf den vierten Stand... Wie früher Einzelne über die politische Macht gleichsam als Privatbesitz verfügten, verfügen heute Einzelne über die wirtschaftliche Macht. Wie der alte Freisinn die politische Klassenherrschaft durch die politische Demokratie stürzte, so muss nun die Socialdemokratie als der neue Freisinn die ökonomische Klassenherrschaft durch die wirtschaftliche Demokratie stürzen. Die Socialdemokratie ist die Tochter des Freisinns, aber nicht der Freisinnigen.“

Der 1886 formulierte Gründungsauftrag für die SPS ist erstaunlich aktuell geblieben. Die Wirtschaftspolitik gehört denn auch zur zweiten historischen Glanzleistung der SPS. Zwar ist es ihr nicht gelungen, die kapitalistische Marktwirtschaft durch die wirtschaftliche Demokratie zu ersetzen. Aber sie hat, gemeinsam mit den Gewerkschaften, die krassesten Systemschwächen für das Gros der Menschen entscheidend gemildert. Die Gewinnmaximierung ist die Systemschwäche sowie der Motor für die Marktwirtschaft schlechthin. Darin liegt der von Karl Marx aufgedeckte dialektische Widerspruch. Die Gewinnmaximierung bewirkt die ungerechte Verteilung von Einkommen, Besitz und Vermögen einerseits, benötigt aber als 'Schmiermittel' Massenkaufkraft andererseits. Ohne genügend Kaufkraft für die Massen gerät die Marktwirtschaft in die Krise. In der Marktwirtschaft wird unternehmerischer Erfolg primär an der Dividende für die Aktionäre und am Börsenkurs gemessen. Als im Januar 1996 der amerikanische Fernmeldekonzern AT&T die Entlassung von 40'000 Arbeitnehmern bekanntgab, stieg der Kurs der AT&T Aktien sprunghaft in die Höhe. Die Massenentlassungen hatten den Aktionären zu einem Zusatzgewinn von zwei Milliarden Dollar verholfen. Eindrücklicher lässt sich die Perversität eines Systems nicht illustrieren.

Hierzulande war es die SPS und die Gewerkschaften in den Nachkriegsjahrzehnten gelungen, das allgemeine Lohnniveau

der Beschäftigten anzuheben. Soweit, dass der Begriff Wohlfahrtsstaat konkrete Formen bekam. Die Linke sorgte für Kaufkraftnachschieb und begründete damit die weltweit gerühmte politische und soziale Stabilität der Schweiz.

Die globalisierte Marktwirtschaft gefährdet den nationalen Solidarpakt. Es locken die Billiglohnländer mit den höheren Gewinnen. Auch schweizerische Konzernchefs verlagern in den letzten Jahrzehnten Zehntausende Arbeitsplätze in Billiglohnländer: nach Tschechien, Polen, Indien, Malaysia, Thailand usw. Hochwertige Produkte oder Dienstleistungen werden von Billiglohnbeschäftigten erbracht, die mangels Kaufkraft auf fast alles verzichten müssen, was sie erarbeiten. Der betriebswirtschaftliche Erfolg basiert auf dem volkswirtschaftlichen Misserfolg. Betriebswirtschaftliche Kurzsicht verhindert gesellschaftspolitische Weitsicht. Damit wird die SPS 1996 mit einem marktwirtschaftlichen Zustand konfrontiert, den sie national einigermaßen korrigiert hatte, der sie international in vergangenen gemeinteten Zeiten zurückwirft. Mit der Erschwerung, dass das internationale Wirtschaftsklima das nationale weitaus folgenschwerer beeinflusst als noch vor zwei Jahrzehnten.

Mit diesem kurzen Abriss wird aufgezeigt, dass der politische Auftrag für die SPS aktuell geblieben ist und an frühere Zeiten erinnert. Noch in den achtziger Jahren bemühte sich beispielsweise Ralf Dahrendorf nachzuweisen, dass die Sozialdemokratie das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt und damit gleichzeitig ihre historische Mission erfüllt habe. Dahrendorf kündigte das Ende der Sozialdemokratie an, weil sie alles, was sie sich einstmalig zum Ziel gesetzt hatte, erreicht habe. Der deutsche Liberale rechtfertigte damit gerade auch das System der Marktwirtschaft, die nach der Idee von Ludwig Erhard, aber dank der Sozialdemokratie, eine soziale Marktwirtschaft geworden sei.

Das kapitalistische Raubtier ist zum liberalen Haustier geworden. Die Erfinder dieser ökonomischen Genmanipulation, die Sozialdemokraten, sind damit politisch auftragslos und überflüssig geworden – meint Dahrendorf.

Der Versuch, sozialdemokratische Politik in einen etwas grösseren Zusammenhang zu stellen, leitet zu dem mir erteilten Auftrag über, die zwei, drei letzten Jahrzehnte der SPS kurz zu würdigen und Veränderungen aufzuzeigen. Die SPS hat eben nicht nur Geschichte gemacht, sie hat auch eine eigene Geschichte.

Ich habe die SPS noch als eigentliche Arbeiterpartei erlebt. Sie war der politische Ableger der Gewerkschaften, geprägt von Handwerkern, von Berufsleuten der Fabrik, aber auch von Eisenbahnern, Trämlern, vom öffentlichen Personal. Als erste grosse Landespartei postulierte sie bereits 1918 das Frauenstimmrecht. Selber war sie eine Männerpartei. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren galt eine Frau, die sich an SPS-Parteitag an das Mikrofon gewagt hatte, beinahe als so etwas wie ein tollkühnes Weib. Eine Frau am Rednerpult, das war ein Ereignis. „Schau, da verlangt wahrhaftig eine Frau das Wort“, meinte der eine zum anderen Delegierten. Den einen stockte fast der Atem, andere bewunderten den Mut der Frau, Dritte erinnerten sich an das alte Postulat der Gleichberechtigung.

Ein zweites Merkmal der SPS als Arbeiterpartei war ihre autoritäre Struktur. Der legendäre Schaffhauser Stadtpräsident, Nationalrat und SPS-Präsident Walther Bringolf demonstrierte sie an SPS-Parteitagen provokativ eindrücklich. Das Wort von innerparteilicher Demokratie besass einen geringen Kurswert. Schon zu Bringolfs Zeiten mussten Delegierte, wie auch heute noch, ihre Wortmeldungen schriftlich einreichen. Mit dem grossen Unterschied zur heutigen Parteikultur, dass un-

ter Walther Bringolf und seinem Nachfolger Fritz Grütter nur reden durfte, wer dem grossen Vorsitzenden genehm gewesen war. Walther Bringolf hatte mir, als ich SPS-Präsident war, diese Praxis verschmitzt bestätigt und für absolut richtig befunden. Die Öffnung erfolgte 1970, als der Aargauer Arthur Schmid am Parteitag in Biel zum Parteipräsidenten gewählt worden war und sogleich den Vorsitz übernahm. „Das Wort hat der Genosse Ernst Leuenberger“, gab er bekannt. Der Ausgerufene reagierte völlig perplex und überrascht. Er war sozusagen auf dem linken Fuss erwischt worden. Denn die Wortmeldung war reine Routine gewesen, einfach ‘nur so’, wissend, vom Präsidenten wie üblich ‘vergessen’ zu werden. Und nun das. Ernst Leuenberger, heute Nationalrat, durfte tatsächlich ans Mikrophon. Der an diesem Parteitag zurückgetretene Fritz Grütter nahm denn auch die von seinem Nachfolger gezeigte Praxisänderung entsetzt zur Kenntnis. „Jitz cha dä verrückt Cheib no ga rede“, meinte er zu einem Kollegen.

Dieser Vorfall ist im nachhinein mehr als eine Randerscheinung. Sie ist Teil eines Prozesses, mit dem sich die innerparteiliche Hierarchie mit ihren zementierten Strukturen aufzulösen begonnen hatte. Bis dahin galt strikte Fraktionsdisziplin als Ausdruck von Stärke. Dazu gehörte auch, an sich undemokratische Methoden des Präsidenten zu akzeptieren. In der Gewissheit, ‘er wird schon wissen, was er und warum er es tut.’ Parteiinterne Opposition markierte Meinungsunterschiede und galt als Gefahr für die Partei. Zur Disziplin gehörte Geschlossenheit. Sie sollte nicht ‘zerredet’ werden. Mit dem Kampflied, „wann wir schreiten Seit’ an Seit“, wurde sie heroisiert. Aus heutiger Sicht ist dieser innerparteiliche Zustand schwer verständlich. Aber er ist erklärbar. Der mit dem Grosskapital verbündete Klassenfeind war ein überlegener Gegner. Gegen ihn hatte die Partei der kleinen

Leute nur dann eine Chance, wenn sie geschlossen auftrat. Die Partei der proletarischen ‘Underdogs’ war keine Sonntagschule. „Wann wir schreiten Seit’ an Seit“, der Text verrät auch eine emotionale Note: Wer zusammenrückt, macht sich selber Mut. Solchen brauchte die tapfere Garde der Arbeiterpartei.

Im Sog der 68er Revolte begann sich die träge und überalterte SPS zu verändern. Neue Mitglieder aus neuen Gesellschaftsschichten stiessen zu ihr. Viele der 68er Rebellen hatten die SPS als Vehikel entdeckt, um mit ihr nötige gesellschaftspolitische Veränderungen durchzusetzen. Die ausserparlamentarische Opposition hatte so nicht nur die Linksparteien revitalisiert, sondern sich selbst integriert. Die ‘wilden Chaoten’ waren auf den demokratischen Pfad der politischen Tugend zurückgeführt worden. Dieser Integrationsprozess verlief natürlich nicht konflikt- und schmerzfrei. Er löste Flügelkämpfe, Spannungen und Irritationen aus. Die bürgerliche Konkurrenz beklagte mit gemunter Besorgnis, die SPS werde von den ‘Linksintellektuellen’ unterwandert. Die Krokodile vom rechten politischen Ufer weinten. Für sie waren Linksintellektuelle Extremisten, eine Art politischer Piraten, die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Gar aus machen wollten. Genau darum sorgte sich unsere Konkurrenz: Die Arbeiterpartei sollte konservativ werden. Damit wäre die SPS auf Diät gesetzt worden. Heute nämlich beträgt der Anteil der Arbeiter an den Beschäftigten keine zehn Prozent mehr. Automatisch wäre der Aktionsradius der Partei kleiner geworden. Statt dessen ist sie in den letzten Jahren mächtig in die gesellschaftliche Mitte vorgestossen, wie die erstaunlichen Wahlerfolge vom letzten Herbst bestätigt haben.

Der Umbau der SPS beschränkte sich nicht auf die Zusammensetzung der Mitglieder. Mit den Neuen änderten die thematischen Schwerpunkte: Gleichberechtigung

der Frauen, Umweltschutz, Schluss mit der Atomenergie, qualitatives statt quantitatives Wirtschaftswachstum, neue Formen der Partnerschaft usw. Die wohl radikalste Veränderung trat mit dem Durchmarsch der Frauen ein. Aus der Männerpartei mit kleinbürgerlichen Milieuschäden formten emanzipierte Frauen und progressive Männer, deren Herkunft und Beruf der Partei ein neues Gesicht verpassten, eine offene Gesellschaft, in der Fraktionsdisziplin als Denkwang abgelehnt wurde. Traditionelle Sozialdemokraten und stürmische Erneuerer, angeführt vielfach von Frauen, mussten sich zusammenraufen. Da gab es Funken, zurück blieben vielfach Blessuren mit Narben, im öffentlichen Erscheinungsbild wirkte die SPS als verkrachter Streithaufen. Der kreative Dialog wurde als Krach disqualifiziert, das Suchen nach neuen Antworten als Flügelkämpfe. Die politische Rechte erwärmte sich ein paar Jahre lang an der unbändigen Vorfriede, es werde die SP 'verjagen'. Darob versäumten sie weitgehend ihre eigenen Herausforderungen, von denen sie Jahre später relativ ratlos eingeholt worden waren.

Am meisten Mühe mit dem Erneuerungsprozess der Partei hatten die Gewerkschaften. Die SPS beurteilte Umweltschutz als neue Dimension der Sozialpolitik. Mit der Begründung, in einer kaputten Umwelt und zerstörten Natur gebe es keine blühende Wirtschaft und keine humane Gesellschaft. Die Unternehmer lehnten ökologische Einsichten und Postulate ab. Dadurch würden die Wettbewerbsfähigkeit und folglich die Arbeitsplätze gefährdet. Umweltschutz wurde als teurer Luxus verurteilt. Wer Atomkraftwerke ablehnte, er-

hielt zur Antwort: „Ohne Strom kein Lohn.“ Den Gewerkschaften wurde eingehämmert, die 'Linksintellektuellen' der SPS würden ihre Interessen missachten. Sie steckten in einem Dilemma und brauchten aus ihrer Interessenlage heraus länger, sich mit den neuen politischen Perspektiven anzufreunden. Erst als kluge Wirtschaftsführer merkten, dass Stromsparen, Rohstoffsparen und Recycling effektiv Abbau der Verschwendung bedeutete und erst noch rentierte, waren sie für ökologische Anliegen ansprechbar geworden. Damit entspannte sich auch das Klima für die Gewerkschaften. Vom rudimentären Verständnis für minimalste umweltpolitische Aktivitäten bis zur Einsicht, die Chance der schweizerischen Wirtschaft könne im ökologischen Umbau mit neuen Techno-Exportprodukten liegen, sind wir heute aber noch weit entfernt. Die ökonomische Wüste treibt vorläufig noch kümmerliche ökologische Blüten. Wirksame marktwirtschaftliche Lenkungsabgaben werden von den meisten Marktwirtschaftlern zwar im Prinzip bejaht, in der Praxis aber bekämpft. Andere sollen vorgehen, zum Beispiel die Europäische Union, der wir nicht angehören. Finanzielle Kurzsicht verdrängt ökologische Weitsicht.

Fazit des kurzen Rückblicks: Für die SPS bleibt die Veränderung die einzige Konstante. Als politisches Leitmotiv bleibt die Erkenntnis: Die Energie, die wir brauchen, bekommen wir von dem Strom, gegen den wir schwimmen.

Helmut Hubacher war von 1975 bis 1990 SPS-Parteipräsident; heute ist er Alterspräsident des Nationalrates.
--